

JÜRGEN SEIFERT

Anmerkungen zu Theo Pirker's Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland*)

Es ist um die Theorie der Gewerkschaften in der Bundesrepublik nicht gut bestellt. Auch aus diesem Grunde ist die öffentliche Meinung über die Gewerkschaften wesentlich bestimmt durch Bücher, die — mehr oder weniger verkleidet — in Frontstellung zur Gewerkschaftsbewegung stehen. So ist das Standardwerk über die Gewerkschaften, „Die Macht der Funktionäre“ von *Günther Triesch*, durch den Autor aufs engste verknüpft mit dem Deutschen Industrie-Institut. Die Arbeiten von *Wolfgang Abendroth* und *Hirsch-Weber* haben in der Öffentlichkeitswirkung leider nicht einmal den Einfluß erzielen können, den *Götz-Briefs* Nachkriegsschriften oder die gehässige Polemik eines *Otto Stolz* („Die Gewerkschaften in der Sackgasse“) erreichen konnten.

So wäre von einem Mann wie *Theo Pirker*, der — wie er selbst sagt — „als Lehrer an den Gewerkschaftsschulen, als Wissenschaftler auf dem Gebiet der Mitbestimmung, als Ideologe der Gewerkschaftsbewegung — wenn auch nicht als Chefideologe —“ (I, S. 12) die großen Gewerkschaftsorganisationen in vielerlei Beziehungen kennenlernte, zu erwarten gewesen, daß er dem „unbekannten Gewerkschaftler“ (dem Pirker sein Werk widmet) durch eine systematische Analyse ein Stück Theorie für eine wirksame Gewerkschaftspraxis in die Hand zu geben vermag. Leider hat sich Pirker aber darauf beschränkt, „die blinde Macht“ der Gewerkschaftsführer und die „Integration der Gewerkschaften“ in die kapitalistische Gesellschaft zu konstatieren. Pirker verfehlt sein Thema, das „Netz der Beziehungen einer Gewerkschaftsbewegung innerhalb des modernen kapitalistischen Systems“ und die „Aufgaben und politischen Möglichkeiten der Gewerkschaften“ (I, S. 20) aufzuzeichnen und hält statt dessen — seiner erklärten Absicht zuwider — „Gericht über die Toten und Lebenden“. Es zeigt sich, daß so wie ihn die Gewerkschaftsbewegung nicht „verdauen“ konnte, er selbst das heutige Dilemma der Arbeiterbewegung in Westeuropa, einschließlich der Ursachen, nicht verdaut und verarbeitet hat. Wenn wir trotzdem nicht über diese Neuerscheinung hinweggehen sollten, so deshalb, weil Pirker insbesondere durch die Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg geradezu dazu aufruft, theoretisch das zu leisten, was er versäumte.

*) Theo Pirker: Die blinde Macht, Mercator Verlag München 1960. 2 Bände, 320 und 338 S., Ln. je 14,80 DM. — Vgl. auch GM 8/1960, S. 501 f.

ZU PIRKERS GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Pirkers Stärke ist die Gesamtschau in der Darstellung der jüngsten Gewerkschaftsgeschichte. Alle Ereignisse werden deutlich als Ausdrucksformen der großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Sie gewinnen Lebendigkeit in der Frontstellung der Gewerkschaftsbewegung. Diese Form der Chronik, die zugunsten der Lesbarkeit auf jeden wissenschaftlichen Apparat und ergänzende Fußnoten verzichtet, ist sowohl „Beitrag gegen die Vergeßlichkeit“ als auch Einführung in den Gewerkschaftskampf nach 1945. Weil Pirker sich nicht scheut zu zeigen, wie die Arbeiterbewegung während der letzten 15 Jahre Schritt für Schritt zurückgedrängt wurde und Position um Position, Forderung um Forderung aufgeben mußte, leistet er einen wichtigen Beitrag zu einer Zeitgeschichte der Arbeiterbewegung. All die mehr oder weniger verlorenen Schlachten um eine Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, um Sozialisierung und Planung, Mitbestimmung und Betriebsverfassung und gegen die Remilitarisierung und Atomrüstung registriert Pirker mit unerbittlicher Schärfe.

Problematisch ist, daß Pirker immer wieder die „Alternative“, die andere Möglichkeit aufzeichnet und den Gewerkschaftsführern verspielte Chancen vorrechnet. Diese subjektive Stellungnahme gibt der Darstellung ihren Reiz, sie aber macht sie zugleich zu dem „Gericht über Tote und Lebende“. „Schuldig“ lautet Pirkers Schuldspruch gegenüber nahezu allen Gewerkschaftsführern. Sie sind es, die die „Zähmung“ der Gewerkschaften und ihre „Integration“ zugelassen und die — hier stimmt Pirker mit den Vorwürfen der Anhänger *Ulbrichts* überein, von denen er sich sonst sehr wohl zu unterscheiden weiß — „kapituliert“ haben. Der oft als Marxist bezeichnete Pirker überschätzt dabei — völlig unmarxistisch — die Bedeutung und die Möglichkeiten des einzelnen Gewerkschaftsführers. Dabei zeigt gerade die von Pirker dargestellte Geschichte, in welcher Weise die Niederlagen der Arbeiterbewegung durch ökonomische Entscheidungen, die von den Besatzungsmächten getroffen wurden, vorentschieden und bedingt wurden.

Pirkers These heißt: Die Gewerkschaften sind „gezähmt“ und „integriert“, sie sind Bestandteil des „neuen Kapitalismus“, den sie stützen, auch wenn sie widerstreben und protestieren. „Aus einer politischen Bewegung zur Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist eine lockere Organisation von Kartellverbänden der Arbeitskraft im neuen Kapitalismus entstanden“ (II, S. 316). Alles, was nicht zu diesem Schema paßt, ist für Pirker „spektakulärer gewerkschaftlicher Aktivismus und radikale Demagogie“ (II, S. 285). „So radikal sich die Gewerkschaftsführer auch gebärden, so demagogisch in Wort und Schrift auch jede Runde der Lohnpolitik in der Bundesrepublik verlief, im Grunde waren die Gewerkschaften in Westdeutschland sehr diszipliniert und notwendige Einrichtungen der bestehenden Wirtschaftsordnung... Die Gewerkschaften waren Versicherungsorganisationen geworden und ihre Vertreter nahmen immer mehr die Züge von Sozialmanagern und Versicherungsbeamten an. Die radikale Tonart, die Dramatisierung der Auseinandersetzung um Löhne und Arbeitszeit war der Stil der Reklame dieser Versicherungsorganisationen . . .“ (II, S. 285 f.).

Diesen bitteren Schlußfolgerungen zugrunde liegt ein prinzipielles „Alles-oder-Nichts“ und eine illusionäre Vorstellung über die Möglichkeiten der Gewerkschaften, nicht in die kapitalistische Gesellschaft integriert zu werden. Unter diesem Gesichtspunkt konstatiert Pirker: „Entweder verblieben die Gewerkschaften im Rahmen der gesetzten Staats- und Wirtschaftsordnung, dann konnte keine Rede von Mitbestimmung und Neuordnung sein: oder sie wollten die Mitbestimmung und die Neuordnung, dann mußten sie die gesetzten Grenzen der Staats- und Wirtschaftsverfassung überschreiten“ (I, S. 257 f.). Das Zitat zeigt deutlich, in welchem Maße Pirker die konkreten gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen einer Veränderung ausklammert und die Kraft eines primär durch Willen und durch Zielvorstellungen bestimmten Handelns überschätzt. Die von Pirker mit dem Pathos großer Entrüstung festgestellte „Integration

der Gewerkschaften“ ist ein gesellschaftlich notwendiges und keineswegs neues Phänomen. Von den Gewerkschaften, irgendeiner Organisation oder etwa der „Klasse“ zu erwarten, sie könnten außerhalb und unabhängig von der Gesellschaft und ihrer Entwicklung stehen, heißt: einen Messias in der Form des Proletariats zu erhoffen, eine Veränderung nicht von innen heraus, sondern von außen zu erwarten. Die Arbeiterbewegung wäre deshalb eine „phantastisch-utopisch selige Insel im Meer des Kapitalismus“ — wie es *Georg Lukács* einmal nannte —, wenn sie nicht ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus und auch in ihrer Praxis durch diesen bedingt und ständig den durch den Kapitalismus hervorgerufenen Gefahren unterworfen wäre. So wie Theo Pirker durch seine Arbeit zugleich ein kapitalistisches Unternehmen unterstützt, wie Engels als Fabrikant einerseits den Kapitalismus vorantrieb und andererseits alles tat für eine Überwindung dieser Gesellschaftsordnung, so sind auch die Gewerkschaften „integriert“ und eine notwendige Einrichtung des bestehenden Wirtschaftssystems. Es hilft nichts, gegen diese „Integration in die bürgerliche Gesellschaft“ zu eifern. Das Einbezogensein wird erst aufgehoben durch den in bewußter und beständiger Form geführten Kampf gegen die mit der Integration verbundenen Gefahren und durch eine solidarische antikapitalistische Praxis. Das unterscheidet Gewerkschaften und Versicherungsvereine. Ein Teil dieser Praxis ist die auf eine Gesellschaftsveränderung abzielende agitatorische Arbeit, die Bildung eines Bewußtseins der politischen und gesellschaftlichen Abhängigkeiten und schließlich das Wissen um die Position der Gewerkschaften und ihre sich aus der konkreten Situation ergebenden Möglichkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Pirker denunziert die gegenwärtige Praxis der westdeutschen Gewerkschaften, soweit sie in Wort und Schrift beansprucht mehr zu sein denn Interessenvertretung eines „Versicherungsvereins der Arbeitskraft“, als „Spektakel“, „Demagogie“ oder als „gewerkschaftlichen Aktivismus“. Dieser formale und an keiner Stelle wirklich deutlich bestimmte „Begriff“ des Aktivismus ist das Geschütz, das Pirker in wahrer Haß-Liebe immer wieder auf *Otto Brenner* und die „Beiträge der ‚Neger‘, der Spezialisten und Berater des nun schon sagenhaft gewordenen Führers der IG Metall“ (II, S. 320) richtet. Die Verknüpfung des Kampfes um die Verbesserung der Löhne, der Arbeitszeit und der Sozialbedingungen mit den Gedanken einer Gesellschaftsveränderung und mit politischer Bewußtseinsbildung ist für Pirker „gewerkschaftlicher Aktivismus“. Dieser „Aktivismus“ soll nichts anderes sein als eine Verschleierung einer an den Kapitalismus „angepaßten“ Gewerkschaftspolitik und „falsches Bewußtsein“. So kritisiert Pirker Kongreßreden als „Spektakel zur Beruhigung der ‚Kollektivseele‘ der Gewerkschaftsfunktionäre“ (II, S. 330). „Auf Funktionärsfesten, den Gewerkschaftstagen und Gewerkschaftskongressen wird für kurze Zeit der Traum der Arbeiterbewegung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts freudig geträumt, nämlich der, eine ‚Sendung‘ zu haben, eine Macht zu sein, deren Aufgabe die ‚Umgestaltung der Gesellschaft‘, die ‚Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft‘, ist“ (II, S. 320). Die Plusseite dieser Kongresse, die ganz sicher für manchen eine rein ideologische Funktion erfüllen und tatsächlich zur „Erbauung und Erregung der Gemüter“ dienen können, vermag Pirker nicht zu sehen. Wer die Kongreßreden der Gewerkschaftsführer als reinen „Spektakel“ abtut, verkennt die Rolle, die gerade diesen Äußerungen in der gegenwärtigen Situation zur Bildung eines politischen Bewußtseins zukommt, daß sie einen Wall errichten können gegen eine völlige Entpolitisierung und Aushöhlung der demokratischen Strukturen der Bundesrepublik.

Den profiliertesten Exponenten einer Gewerkschaftspolitik, die von den unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft auszugehen versucht und dabei weiter festhält an dem Ziel einer Neuordnung und Umgestaltung der Gesellschaft, *Otto Brenner*, trifft nach Pirkers Meinung die eigentliche Verantwortung für das Dilemma der westdeut-

ZU PIRKERS GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

schen Gewerkschaftsbewegung. Brenner, dem Pirker „kritiklose Selbstherrlichkeit“ (II, S. 329) nachsagt, sei 1959 der „Führungsfrage im DGB“ ausgewichen und damit einer „Reaktivierung des DGB als politische Bewegung, als starke Kraft der Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, als Gegenmacht zur wachsenden Macht der Staatsbürokratie und der Manager“ (II, S. 300). Diese „Kapitulation Brenners vor den Reformern“ (II, S. 299) habe einen Zustand geschaffen, in dem sich die Gewerkschaften den Bedingungen des neuen Kapitalismus anpassen werden, „ganz gleich, welchen Inhalt und welche Form ihr Programm auch haben wird“ (II, S. 334). Dieser letzte Satz Pirkers bedeutet Resignation.

Dieser Resignation zugrunde liegt Enttäuschung. Die Enttäuschung beruht auf einer Täuschung über die Bedingungen und Möglichkeiten der vergangenen geschichtlichen und gesellschaftlichen Situation und eine damit verbundene voluntaristische Überforderung der Gewerkschaften. Es ist unter den gegenwärtigen Umständen verständlich, daß immer wieder an die Gewerkschaftsbewegung Hoffnungen geknüpft werden und daß versucht wird, das traditionelle Verhältnis von Partei und Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterbewegung zu verschieben. Theo Pirker hat einst die Position der Gewerkschaften durch den Begriff „öffentlicher Verband“ zu bestimmen versucht, was besagen soll, daß die Gewerkschaften mehr sein können als bloße Interessenvertretung, und zwar 'als ein Verband, der „an die verfassungsmäßig verankerte Bedeutung der Parteien heranreicht oder sie vielleicht sogar übersteigt“. (II, S. 323; vgl. dazu Pirker „Die Gewerkschaften als politische Organisation“ in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1952, Heft 3, S. 76 ff.). Pirker scheint die mit dem Begriff „öffentlicher Verband“ verbundene Konzeption selbst immer stärker ausgeweitet zu haben. Mehr oder weniger bewußt mißt er letztlich den Gewerkschaften die Aufgaben einer sozialistischen Partei im Sinne der politischen Machteroberung zu. Dieser politischen Überforderung der Gewerkschaftsbewegung konnten die Gewerkschaften nicht genügen. Wohlweislich taucht deshalb die Frage, ob und inwieweit die Arbeiterschaft (die — wie Pirker selbst erkennt — zunächst in den Gewerkschaften einen „Teil des allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit“ [II, S. 286] sieht) der von Pirker geforderten primär politischen Gewerkschaftspolitik überhaupt folgen würde, in ihrer grundsätzlichen Bedeutung in beiden Bänden kaum auf. Ebenso klammert Pirker die zukünftigen Bedingungen und Möglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung völlig aus. Erst das macht es möglich, das „Kind mit dem Bade auszuschütten“ und alles als „Spektakel“ abzutun, was einer mit dem Begriff „öffentlicher Verband“ verbundenen Konzeption einer Gewerkschaftspolitik entspricht. „Die Zeiten sind lange vorbei“, meint Pirker, „da die Gewerkschaften hätten mehr sein können als Interessenvertretung“ (II, S. 323).

Doch gerade jene Praxis, die Pirker leichthin als „gewerkschaftlichen Aktivismus“ oder als „spektakuläre Demagogie“ abtun will, dürfte sich heute als einzige Möglichkeit einer sinnvollen Gewerkschaftspolitik erweisen, sofern man es nicht vorzieht, sich bedingungslos anzupassen oder resigniert aus der Geschichte auszusteigen. Sie ist der Versuch einer Vermittlung zwischen der im Münchner Grundsatzprogramm des DGB umrissenen Aufgabe einer Umgestaltung und Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft in Lohn- und Sozialfragen unter den bestehenden Verhältnissen. So leicht diese Verknüpfung im theoretisch-abstrakten Bereich zu gelingen scheint, so schwer dürfte es in der Praxis sein, die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft so zu vertreten, daß sich die Forderung nach Neuordnung und Umgestaltung offenkundig als notwendige Konsequenz erweist. Diese Bedingungen und Möglichkeiten einer Gewerkschaftspolitik konkret herauszuarbeiten, ist die Aufgabe der heute notwendigen Gewerkschaftstheorie. Gerade Pirkers Ausweichen vor dieser Aufgabe ruft dazu auf, diese Arbeit zu leisten.